



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre**

**Siebert, Benno von**

**Berlin [u.a.], 1925**

Politische Bedeutung türkischer Anleiheversuche in Paris und London.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73564](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73564)

auf einige höchst unpatriotische Äußerungen in der russischen Presse. Wir können aber nicht zulassen, daß ein solches Ereignis eintritt, wenn nur Rußland alle nötigen Opfer zu bringen bereit ist.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 15./28. Juni 1910. — Nr. 905.**

Da man in nächster Zeit in Paris die Ankunft des türkischen Finanzministers oder von Delegierten der türkischen Regierung zu Anleiheverhandlungen erwartet, so halte ich es für nötig, Ihnen unsern Standpunkt in dieser Frage mitzuteilen.

Handelt es sich bloß um eine Anleihe von 250 Millionen Franken zur Deckung des diesjährigen türkischen Budgets, so wird eine Einmischung unsererseits kaum möglich sein. In diesem Falle könnten wir uns damit begnügen, daß Frankreich die Anleihe von der Gewährung der Eisenbahnkonzession Samsun—Sivas an ein russisch-französisches Konsortium abhängig macht.

Sollten sich die Verhandlungen auf eine größere Anleihe beziehen, welche nach Deckung des Budgetdefizits bedeutende Mittel in den Händen der türkischen Regierung lassen würde, so könnten wir nicht umhin, der französischen Regierung unsere Erwägungen mitzuteilen, die auch für Frankreich von Bedeutung sind.

Frankreich ist daran interessiert, daß wir in militärischer Hinsicht der Türkei überlegen sind. Jede Stärkung der militärischen Stellung der Türkei, namentlich an der kaukasischen Grenze, müßte entsprechende Gegenmaßnahmen unsererseits hervorrufen; dies müßte aber notwendigerweise auf unsere Westgrenze Einfluß haben. Wir sind daher der Ansicht, daß es sowohl unsern als auch den französischen Interessen entspricht, wenn wir den Geldmangel in Konstantinopel im Einvernehmen mit dem Pariser Kabinett dazu benutzen, um von der Türkei Verpflichtungen zu erhalten, die die weitere militärische Erstarbung der Türkei einschränken. In militärischer Hinsicht hat die Frage der türkischen Eisenbahnbauten im Kaukasusgebiet und in Nordpersien und ebenso der Ankauf von Kriegsschiffen ganz besondere Bedeutung.

Die türkische Aktionsfreiheit in diesem Sinne einzuschränken, ist ganz besonders wichtig. Teilt die französische Regierung im

Prinzip unsere Ansicht, so müssen wir versuchen, eine Form zu finden, die für die Türkei annehmbar wäre. Unsererseits wären wir bereit, in diesem Falle auf unsere Anrechte an der Sam-sun—Sivaschen Linie zugunsten der französischen Mitglieder des Syndikats zu verzichten.

Ich bitte Sie, mit Pichon vertraulich Rücksprache zu nehmen, indem Sie Ihren Erklärungen den Charakter eines vorbereitenden Meinungs-austausches geben. Die weiteren Verhandlungen werden von der Antwort Pichons abhängen, die wir in aller-nächster Zeit zu erhalten hoffen.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Juni 1910.**

Djavid Bei wird Sonnabend in Paris erwartet. Pichon hat noch keine Nachrichten über die Höhe der türkischen Anleihe. Aus Berechnungen des ersten Finanzrates Laurent ergibt es sich, daß die Türkei etwa 600 Millionen braucht. Aber aller Wahrscheinlichkeit nach wird Djavid fürs erste versuchen, nur die Hälfte dieser Summe zu erhalten. Ich habe Pichon den Standpunkt unserer Regierung mitgeteilt, ebenso die in Ihrem Telegramm enthaltene Beweisführung. Er hat mir geantwortet, daß es für die französische Regierung im Prinzip unmöglich sei, die Anleihe zu verweigern oder von der Türkei die Zusicherung zu verlangen, daß die sich aus der Anleihe ergebenden Mittel weder zur Verstärkung der Flotte, noch zur Vergrößerung der Armee verwandt werden. Aber die französische Regierung ist fest entschlossen, die Anleihe dazu zu benutzen, um von der Türkei Garantien zu erhalten, die Frankreich, England und Rußland befriedigen werden. Es ist vielleicht auch möglich, bei dieser Gelegenheit die Erbauung neuer strategischer Linien zum Schaden Rußlands zu verhindern. Auf alle Fälle ist aber die Aufnahme einer Anleihe nicht möglich, ohne daß die Großmächte ihre Zustimmung zur Erhöhung des türkischen Zolltarifs geben. Dies wird Zeit gebrauchen und langwierige Verhandlungen verursachen. Ich habe den Eindruck, daß Pichon durch Ihre Erwägungen sehr beunruhigt ist.

**Vertraulicher Bericht des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Juni/7. Juli 1910.**

In Fortsetzung meines Telegramms vom 17./30. Juni halte ich es für meine Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß meine Erklärungen auf Pichon einen starken Eindruck gemacht haben. Ganz besonders beunruhigt schien er mir durch Ihren Hinweis, daß die Verstärkung der türkischen Streitkräfte an der persischen und kaukasischen Grenze eine unmittelbare Verminderung unserer militärischen Machtstellung an der Westgrenze Rußlands zur Folge haben würde. Trotzdem hielt er es für nötig, darauf hinzuweisen, daß Frankreich bei den Verhandlungen unmöglich türkische Garantien verlangen kann, daß die in Paris erhaltenen Mittel nicht auf militärische Rüstungen verwendet werden sollen. Eine derartige Bedingung wäre mit der Würde des ottomanischen Reiches unvereinbar, sie würde abgelehnt werden und nur dazu dienen, die Türkei Deutschland zuzutreiben, um mit diesem in ein enges Einvernehmen zu treten und das Geld irgendwo anders zu finden.

Biel leichter würde es jedoch sein, die neue türkische Anleihe davon abhängig zu machen, daß aus dem türkischen Eisenbahnprogramm alle Linien ausgeschaltet würden, die für Rußland in strategischer Hinsicht unerwünscht sind; dies um so mehr, als derartige Linien keine Einnahmen versprechen und die türkischen Finanzen schwer belasten würden.

Pichon hat mir mitgeteilt, daß er überhaupt die Absicht habe, die Anleihe dazu zu benutzen, um von der Türkei fühlbare politische Zugeständnisse zu verlangen, die für die drei Mächte des Dreiverbandes in gleicher Weise befriedigend wären.

Pichon hat es vermieden, diesen Gedanken weiterzuentwickeln; soviel ich aber aus dieser und meiner vorhergehenden Unterredung mit ihm beurteilen kann, besteht beim Pariser Kabinett die Absicht, der Pforte das Versprechen und die Versicherung abzunehmen, die türkische Politik unabhängig von der Deutschlands zu machen und die immer noch bestehenden Beziehungen zwischen Konstantinopel und Berlin hinsichtlich militärischer Instrukturen, Munitionslieferungen und Eisenbahnbauten soweit wie möglich zu lockern.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 21. Juli/3. August 1910. — Nr. 1139.**

Vor einigen Tagen habe ich in einer persönlichen und freundschaftlichen Aussprache mit dem türkischen Botschafter diesen gefragt, ob es wahr sei, wie die Zeitungen immer wieder behaupten, daß die Türkei die Absicht habe, dem Dreibunde offiziell beizutreten, und daß Hafi Pascha diesbezügliche Verhandlungen mit Aehrenthal in Marienbad führen wird.

Ich habe hierbei bemerkt, daß derartige Gerüchte mir unwahrscheinlich erscheinen, da die Türkei wohl kaum die Rolle Österreichs bei der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung so schnell vergessen haben wird und umgekehrt sich der Anstrengungen Rußlands erinnert, Verwicklungen von der Türkei abzuwenden. Immerhin müssen derartige Gerüchte bei uns einige Beunruhigung hervorrufen, und wenn sie auch nur teilweise wahr wären, so müßte dies einen entscheidenden Einfluß auf unsere weiteren Beziehungen zur Türkei ausüben.

Turkhan Pascha hat diese Unterredung nach Konstantinopel mitgeteilt, und heute hat er mir ein langes Antworttelegramm vorgelesen, in dem Rifaat diese Gerüchte aufs entschiedenste widerlegt und die Absicht der türkischen Regierung bekräftigt, sich volle Handlungsfreiheit zu wahren und die allerbesten Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, von dessen Seite die Türkei so viele freundschaftliche Beweise erhalten habe.

**Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 11./24. Oktober 1910.**

Der Finanzminister hat mir mitgeteilt, daß er von dem Abbruch der Anleiheverhandlungen in Paris außerordentlich enttäuscht sei. Die von der französischen Regierung gestellten Forderungen hält man hier mit der weiteren staatlichen Unabhängigkeit der Türkei für unvereinbar; außerdem entsprechen sie keineswegs der bescheidenen Summe der in Aussicht genommenen Finanzoperation. Besonders peinlich ist es für den Minister, daß Frankreich sich auch einem Abschluß der Anleihe in England, die schon gesichert war, widersetzt hat. Die Türkei braucht jetzt so sehr Geld, daß sie gezwungen sein wird, nicht nur deutsche

Geldmittel, sondern auch die deutschen politischen Bedingungen anzunehmen, obwohl einigen Informationen zufolge letztere gegen Rußland und England gerichtet sind. Die Lage ist eine sehr ernste. Ich nehme an, daß, selbst wenn Frankreich es nicht für möglich hält, zum Schutze unserer Interessen leichtere Bedingungen zu stellen, es sich wenigstens nicht dem Abschluß der Verhandlungen zwischen Djavid und Cassel widersetzen sollte. Dies würde nicht nur in türkischen Kreisen gefallen, sondern gefährlichen Verwicklungen vorbeugen, die ein Erfolg Deutschlands und Oesterreichs in der Anleihefrage für uns nach sich ziehen würde.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. September 1910.**

Dank den energischen Vorstellungen Gardingés und Mallets, die sie Cassel gemacht haben, ist der Abschluß einer türkischen Anleihe in London einstweilen unmöglich gemacht. Das Londoner Kabinett hat Pichon seine weitere Unterstützung in dieser Frage zugesagt, obwohl die englische Regierung leider nicht das dem Pariser Kabinett zur Verfügung stehende Mittel besitzt, das heißt die Quotierung der Anleihe an der Börse verbieten kann.

**Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 10./23. Oktober 1910.**

Man kann nur bedauern, daß die französische Regierung es nicht für nötig befunden hat, unsere wichtigen Interessen in der Frage der kleinasiatischen Eisenbahnbauten zu wahren, indem sie diese Frage mit den türkischen Anleiheverhandlungen in Verbindung bringt. Wenn daher diese Verhandlungen uns nicht nützen können, so sollten sie wenigstens unseren Interessen nicht direkt schaden. Aber es stellt sich jetzt heraus, daß die Türken die ihnen gemachten Schwierigkeiten nicht so sehr finanziellen Verhältnissen in Paris, als vielmehr unserer feindseligen Haltung zuschreiben. Der Großwesir hat dies dem französischen Botschafter direkt erklärt; dies ist auch die Ansicht der übrigen Minister, und diese Meinung hat schon auf den Gang der Verhandlungen der russischen Botschaft mit der Pforte zurückgewirkt.

Wie der hiesige französische Botschafter richtig bemerkt, wenn die Türken die nötigen 150 Millionen nicht in Paris erhalten, so werden sie sie in Deutschland finden. Für die Franzosen hat die Erstarkung des deutschen Einflusses in Konstantinopel keine besondere Bedeutung, für uns ergeben sich aber sehr unzeitgemäße Verwicklungen politischer, militärischer und ökonomischer Natur. Es erscheint mir daher wünschenswert, die französische Regierung zu veranlassen, nicht so schwere Bedingungen zu stellen und einstweilen die Verhandlungen nicht zu unterbrechen, deren Gang durch allerlei persönliche Einflüsse erschwert wird. Die Franzosen selbst halten eine 150-Millionen-Anleihe durch die Konstantinopeler Zolleinnahmen völlig gesichert. Deshalb wird auch Deutschland die Summe gerne vorstrecken. Schwierigkeiten entstehen nur insolge der französischen Forderungen, die sich auf die zukünftige Verwaltung der türkischen Finanzen beziehen. Aber in dieser weitläufigen Frage müßte Frankreich aus Freundschaft zu uns sich damit begnügen, nur allmählich vorzugehen, und zu einem Einvernehmen mit der Türkei zu kommen suchen.

**Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 15./28. Februar 1911.**

Der türkische Außenminister ist heute in einen ausführlichen Gedankenaustausch mit mir eingetreten, der bezwecken soll, das russische Mißtrauen zur türkischen Politik zu beseitigen. Seine Erklärungen, die ich weiter unten kurz wiedergebe, beziehen sich auf drei Fragen: 1. den Panislamismus; 2. Persien; 3. die kleinasiatischen Eisenbahnen. Rifaat Pascha berührte auch kurz die Grundlosigkeit der russischen Befürchtungen hinsichtlich türkischer Rüstungen.

1. Der Minister erklärte, daß weder die türkische Regierung noch das Komitee von Saloniki den Panislamismus zu fördern suchen, da sie sich deutlich Rechenschaft darüber geben, daß eine derartige Politik zu gefährlichen Verwicklungen mit Rußland, England und Frankreich führen müßte.

2. Der Grundsatz der türkischen Politik hinsichtlich Persiens besteht in der Anerkennung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität dieses Landes, wobei die Türkei besondere kommerzielle